

**Städteinitiative Sozialpolitik:**

**Teufelskreis der Armut durchbrechen – mit vernetzter Politik**

Bern, 27. November 2007. **Sozialpolitik darf sich nicht auf das Kurieren von sozialen Problemen beschränken. Die Städteinitiative Sozialpolitik will mit einer breit verstandenen Integrationsförderung – nicht nur für Zugewanderte – der Armut und dem sozialen Ausschluss vorbeugen. Mit der Frühförderung von Kindern beispielsweise. Und mit einer Stadtentwicklung, die das Soziale mehr gewichtet. Sozialpolitik muss zudem über alle drei staatlichen Ebenen koordiniert und gemeinsam gestaltet werden.**

Die sozialpolitische Diskussion der letzten Jahre polarisiert. Sie wird reduziert auf wachsende Kosten und Fallzahlen in der Sozialhilfe, der Invalidenversicherung oder der Arbeitslosenversicherung. „Sozialpolitik ist mehr als wirtschaftliche Existenzsicherung. Sie darf die gesellschaftlichen Ursachen von Desintegration, Armut oder Gewalt nicht ausser Acht lassen“, stellte Ruedi Meier, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, bei der Präsentation der neuen Strategie 2015 fest. Unter dem Titel „Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln“ formuliert die Städteinitiative eine präventive Politik und stellt neben die nach wie vor wichtige Existenzsicherung eine zweite Säule: eine umfassend verstandene Integrationsförderung für alle Bevölkerungsgruppen und Schichten.

**Gleiche Startchancen**

Die Städteinitiative Sozialpolitik will versuchen, mit dem ersten Themenschwerpunkt Frühförderung den Teufelskreis von Armut schon im frühkindlichen Alter zu unterbrechen. „Je früher wir ansetzen, umso bessere Resultate erzielen wir. Denn ungleiche Startchancen sind kaum mehr aufzuholen. Die Schule kommt zu spät“, sagte die Berner Sozial- und Bildungsdirektorin Edith Olibet.

Investitionen in eine integrative Politik kosten zunächst Zeit und Geld. Aber damit lassen sich soziale Folgekosten reduzieren, zum Beispiel teure Heimaufenthalte für Jugendliche. Die Städteinitiative will den Mehrwert einer integrierenden Politik berücksichtigen; erst dann könne man von Kostenwahrheit sprechen.

**„Trialog Sozialpolitik Schweiz“**

Die Städte, herausgefordert durch Entwicklungen, die sich hier ausgeprägter und früher zeigen, seien oft in der Rolle von sozialpolitischen Vordenkerinnen, sagte Maja Ingold, Sozialvorsteherin der Stadt Winterthur. „Die Städteinitiative setzt sich dafür ein, dass auch in der Stadtentwicklung Lebensqualität und soziale Integration für alle als Ziele aufgewertet werden.“ Das heisst, alle Politikfelder auf das Ziel einer sozialen Stadt hin zu bündeln: Bildung, Gesundheit, Wohnen und Umwelt, Wirtschaft und Arbeit, Sport und Kultur.

Die Städteinitiative versteht Sozialpolitik als Verbundaufgabe. Thematisch und gleichzeitig über die drei staatlichen Ebenen hinweg. Sie setzt sich ein für eine neue Form der Zusammenarbeit, den „Trialog Sozialpolitik Schweiz“. In diesem Gefäss sollen Städte, Kantone und der Bund gemeinsam eine soziale Politik gestalten, sagte der Lausanner Stadtrat und Vizepräsident der Städteinitiative Sozialpolitik, Jean-Christophe Bourquin.

---

Informationen: Ruedi Meier, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, Tel. 041 208 81 32

Unterlagen der Medienkonferenz: [www.staedteinitiative.ch](http://www.staedteinitiative.ch)